Neue Helvetische Bank
Die Bank für Unternehmer
Seefeldstrasse 215, 8008 Zürich
Tel. 044 204 56 00
www.neuehelvetischebank.ch

Freitag, 24. April 2015 | Nr. 17 | 57. Jahrgang

AZA
CH-8820 Wädenswil
P.P. / Journal
Post CH AG
Retouren an: Stutz Druck, Postfach 465, 8820

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

TIEFE STEUERN, GEBÜHREN UND ABGABEN SORGEN FÜR WOHLSTAND UND BESCHÄFTIGUNG

Wirtschaftsstandort Schweiz stärken – Arbeitsplätze sichern

Der Wirtschaftsstandort, insbesondere der Produktionsstandort Schweiz, ist in Gefahr, wenn wir nicht handeln. Während viele die zunehmende Stellenzahl als Jobwunder beklatschen, geht vergessen, dass die Anzahl Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe- und Industriesektor rückläufig ist, während die Zunahme vor allem im öffentlichen Sektor stattfindet. Mit der Aufhebung der Untergrenze beim Euro hat sich die Situation zusätzlich akzentuiert. Was ist zu tun? Wir brauchen nicht nach hochtrabenden neuen Rezepten zu suchen, vielmehr gilt es, die Werte, die die Schweiz seit Jahrzehnten zum wettbewerbsfähigsten Standort gemacht haben, zu wahren bzw. zurückzugewinnen.

Albert Rösti
Nationalrat SVP
Wahlkampfleiter
SVP Schweiz

Folgende Werte haben die Schweiz seit Jahrzehnten zum wettbewerbsfähigsten Standort gemacht:

- Stabilität
- Sicherheit
- Subsidiarität
- Liberaler Arbeitsmarkt
- Duales Bildungssystem
- Tiefe Staatsquoten

Stabilität
Arbeitslätze werden dann geschaffen, wenn über eine möglichst lange Zeit Investitions-, d.h. insbesondere Rechtsicherheit herrscht. Dank dem parlamentarischen Zweikammersystem und der direkten Demokratie werden die gesetzlichen Rahmenbedingungen in der Schweiz nur geändert, wenn eine Mehrheit dafür einsteht. Revolutionsartige Umwälzungen, welche Investitionen von Unternehmungen von einem Tag auf den anderen in Frage stellen, sind dabei ausgeschlossen. Mit dem Initiativrecht besteht zudem die Möglichkeit, wichtige Anliegen aus der Bevölkerung direkt in die Politik einzubringen.

- Nur mit der Bewahrung der Unabhängigkeit, insbesondere auch von der EU, kann die direkte Demokratie in ihrer heutigen Form erhalten bleiben. Das Wahlziel – wir sind gegen einen schleichenden EU-Beitritt – ist deshalb auch ein zentrales wirtschaftspolitisches Ziel zur Erhaltung von Arbeitsplätzen.
- Damit verkommt jegliche Diskussion zur Einschränkung der Volksrechte auch zu einer Diskussion, welche die heutige Stabilität und damit die Investitionssicherheit untergräbt.

Sicherheit
Sicherheit geht Hand in Hand mit Stabilität einher. Investiert wird nur dort, wo Menschen und Infrastrukturen sicher sind. Da müssen auch wir in der Schweiz gerüstet sein. Die SVP fordert im Rahmen der Weiterentwicklung der Armee ein Budget von 5,4 Mia. Fr. bei einem Sollbestand von 140000 Mann.

Subsidiarität
Seit jeher hat es sich bewährt, dass die jeweils tiefst mögliche Ebene (die Gemeinde oder der Kanton) regelt, was sie selbst regeln kann. In vielen Dossiers wird diesem Grundsatz längst nicht mehr Rechnung getragen. Die aktuellen Absichten in der Raumplanung sehen eine Zentralisierung von oben vor und bedeuten, dass die Infrastrukturen in den Zentren mit hohen Kostenfolgen noch stärker überbelastet werden, während die Entwicklung im ländlichen Raum, nur weil die Bevölkerungsprognosen tiefer liegen, praktisch verunmöglicht wird und teilweise einem Baustopp gleichkommt. Dies bewegt die Leute zwangsweise dazu, in die Zentren arbeiten zu gehen, was die Entwicklung – dort überlastete Zentren, hier entvölkerte Schutzgebiete – noch beschleunigt. Die Entscheide in der Raumplanung müssen dort bleiben, wo sie hingehören: in den Kantonen und Gemeinden.

Liberaler Arbeitsmarkt
Das Volk steht hinter dem liberalen Arbeitsmarkt. Mit der klaren Ablehnung der Mindestlohninitiative und der Initiative für sechs Wochen Ferien hat es ein klares Signal gesetzt, im Bewusstsein, dass das aktuelle Arbeitsmodell das Beste ist für Vollbeschäftigung. Angriffe auf das liberale Modell wie komplizierte Arbeitszeiterfassungen, Lohnpolizei oder Frauenquote bleiben aber nicht aus und müssen in aller Klarheit bekämpft werden.

Duales Bildungssystem
Das weltweit einmalige Bildungssystem mit der direkten Verbindung von Theorie und Praxis bewirkt, dass die meisten Jugendlichen nach der Lehre unmittelbar eine Anschlusslösung finden und wir im Unterschied zu anderen Ländern nicht an einer hohen Jugendarbeitslosigkeit leiden. Wir müssen nur sicherstellen, dass der Einstieg in eine Berufslehre gegenüber dem Gymnasium nicht an Stellenwert verliert, einerseits, indem der weiterbildende Weg nach der Berufslehre auch eine Zukunft in Kaderpositionen zulässt, und andererseits, indem die Maturitätsquote tief gehalten wird.

Tiefe Staatsquote
Die Schweiz hat zwar immer noch eine der weltweit tiefsten Staatsquoten. Die Verdoppelung der Bundesausgaben innerhalb von 20 Jahren auf über 65 Milliarden Franken gibt aber zu grosser Sorge Anlass. Denn dies bedeutet letztlich, dass mehr versteuert werden muss und weniger für Investitionen und Konsum bleibt, was sich direkt auf die Arbeitsplätze niederschlägt. Neue Steuern wie die Erbschaftssteuer, die Kapitalgewinnsteuer oder die Mediensteuer sind deshalb strikt abzulehnen. Einem liberalen Staat unwürdig ist zudem die ausufernde Regulierungsdichte im Umwelt- («grüne Wirtschaft») und Energiebereich (Energiestrategie 2050), die neben dem administrativen Aufwand für KMU und Familien Kosten zwischen 100 und 200 Milliarden Franken verursachen und den einzelnen Haushalt mit mehreren 1000 Franken zusätzlich belasten. All diese Forderungen fassen wir im Wahlkampf zusammen unter dem Titel «Für mehr Arbeitsplätze dank tiefen Steuern, Gebühren und Abgaben». Wir hoffen, mit dem von den bürgerlichen Parteien SVP, FDP und CVP geschlossen Deregulierungspakt wesentliche der genannten Zielsetzungen umsetzen zu können.

Einladung
zur Delegiertenversammlung

vom Dienstag, 28. April 2015, 20.00 Uhr,
Obfelden, Mehrzweckhalle Zendenfrei

Vorprogramm (ab 19.30 Uhr, Türöffnung 19.00 Uhr)
– Musikalischer Auftakt durch Musikverein Obfelden (Dirigent: Walter Amrhein)
– Begrüssung durch Thomas Ammann, Gemeindepräsident Obfelden

Traktanden

1. Begrüssung / Standortbestimmung
   NR Alfred Heer (SVP, Zürich)
2. Kantons- und Regierungsratswahlen 2015 — *NR Alfred Heer (SVP, Zürich)*
   Rückblick und Analyse — *Martin Suter (Präsident WAK)*
3. Die Bedeutung der Wahlen 2015 — *alt Bundesrat Dr. Christoph Blocher (SVP, Herrliberg)*
4. Nomination Ständerat
   Vorschlag von Parteileitung/Kantonalvorstand:
   Kantonsrat Hans-Ueli Vogt (SVP, Zürich)
5. Volksabstimmung vom 14. Juni 2015:

5.1 Bundesbeschluss über die Änderung der Verfassungsbestimmung zur Fortpflanzungsmedizin und Gentechnologie im Humanbereich
Parolenfassung
Vorstellung der Vorlage: *NR Christoph Mörgeli (SVP, Stäfa)*

5.2 Eidg. Volksinitiative «Stipendieninitiative»
Information: *KR Claudio Zanetti (SVP, Gossau)*

6. National- und Ständeratswahlen 2015
   – Zwischenbericht Listengestaltungskommission — *aNR Hans Rutschmann (SVP, Rafz)*
   – Ehrencharta und Wahlgrundsätze 2015
   – Präsidium WAK
7. Mitgliederwerbung — *NR Alfred Heer (SVP, Zürich)*
8. Varia

NEIN zur neuen Erbschaftssteuer

«Die Erbschaftssteuer ist ungerecht. Viele Eigentümer sparen für ihr Haus ein Leben lang, zahlen Steuern und verzichten dafür auf Vieles. Es ist falsch, wenn sich der Staat noch einmal daran bereichert.»
Hans Egloff
Nationalrat SVP
Präsident HEV Schweiz

www.neue-erbschaftssteuer.ch

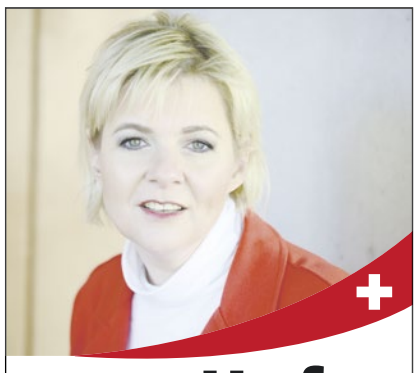
Neueröffnung:
Kanzlei für KMU's und Privatpersonen
JEDIDJAH BOLLAG
RECHTSANWALT
Palmstrasse 19
CH-8400 Winterthur
Tel. +41 52 242 24 04
Fax +41 52 212 34 73
jb@jblaw.ch
www.jblaw.ch
RECHTSANWALT BOLLAG
ATTORNEY AT LAW

IMBACH
wandern weltweit

Wanderreisen in kleinen Gruppen oder individuell
Bestellen Sie den neuen Katalog bei:
Imbach Reisen, 6000 Luzern
Tel 041 418 00 00, info@imbach.ch
www.imbach.ch

CCG
Event-Technik

CCG-Mietpark
Bramenstrasse 8
8184 Bachenbülach
Tel. +41 (0)44 307 11 55
www.ccg.ch



Jacqueline **Hofer**
Herzlichen Dank
für Ihre Unterstützung
Dank Ihrer Stimme bin ich für weitere 4 Jahre als Kantonsrätin gewählt. Ich freue mich sehr darüber und werde mich für Ihre Anliegen einsetzen.
www.jhofer.ch

Christoph Mörgeli

Souveräner Halbsouveräner

Der Kleinstaat geht zurück bis in die 1290er Jahre. Von einer felsigen Natur benachteiligt, musste er sich etwas einfallen lassen. Dank Innovationskraft, Durchhaltewillen und Fleiss wurde das Land zum wohlhabendsten der Welt – durch Finanzdienstleistungen und Tourismus. Obwohl unzweifelhaft Teil Westeuropas, konnte ein EU-Beitritt verhindert werden. Man erhebt weder Einkommens- noch Erbschaftssteuern und ist ziemlich nachsichtig gegenüber im Ausland begangenen Steuersünden. Die Staatsbürgerschaft wird etwa einem Dutzend Einwohnern verliehen. Pro Jahr. Wir sprechen von Monaco. Das Geschäftsmodell des Fürstentums passte dem mächtigen Nachbarn keineswegs. Das seit je steuerhungrige Frankreich hält den kleinen Küstenstaat bis heute in einer Art Halbsouveränität. Anfang der 1960er Jahre versuchte die Regierung von Charles de Gaulle, die Aktienmehrheit an Monacos Radio und Fernsehen zu übernehmen. Dass immer mehr französische Firmen ihren Hauptsitz nach Monaco verlegten, war dem autoritären General ein Dorn im Auge. Doch der halbsouveräne Souverän Rainier Grimaldi verwies seinen französischen Staatsminister des Landes; zuvor soll er ihn bei einem erregten Auftritt geohrfeigt haben.

Nun setzte das mächtige Frankreich das kleine Monaco massiv unter Druck. Weil das Fürstentum seine Steuergesetze nicht den französischen anpasste, drohte Paris mit dem Boykott von Energie und Wasser. Am 12. Oktober 1962 marschierten Zollbeamte und Polizisten um Monaco auf. Die Zufahrtsstrassen wurden blockiert. De Gaulle verlegte ein Regiment ans Mittelmeer; es drohte die Annektierung. Der alte General spielte unverhohlen mit der militärischen Überlegenheit seiner atomaren Weltmacht. Der Fürst verliess sein Monaco demonstrativ nicht und bot dem Nachbarn die Stirn. Einen steuerlichen Kompromiss konnte der Halbsouverän nicht abwenden, doch bekräftigte ein neuer Staatsvertrag die Unabhängigkeit und territoriale Unveräusserlichkeit seines Fürstentums. Die heutige Schweiz sollte vom damaligen Monaco lernen. Ein Kleinstaat muss der internationalen Gleichmacherei widerstehen. Denn er braucht nicht gleich lange Spiesse. Sondern längere Spiesse. Unsere Interessenvertreter sind hochbezahlt, um unsere Interessen zu vertreten. Wir erwarten von ihnen keine Ohrfeigen. Aber auch kein ständiges Ohrneigen.

DIE NEUE ERBSCHAFTSSTEUER-VOLKSINITIATIVE IST EIN «WOLF IM SCHAFSPELZ»

Ein Frontalangriff auf Eigentum und Wohlstand

Die Volksinitiative «Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV» tönt sympathisch und lenkt gerade deswegen von den verheerenden Folgen, bei einer Annahme am 14. Juni 2015 an der Urne, ab. Diese Umverteilungsinitiative huldigt latent im Hintergrund der Gleichmacherei, die damit Schritt um Schritt, ohne dass die betroffene Bevölkerung darauf aufmerksam wird, vorangetrieben werden soll. Es gibt genügend aktuelle Beispiele, die aufzeigen, dass Gleichmacherei in die Armut mit erschreckendem Ausmass führt. Osteuropa bis zum Fall des «eisernen Vorhangs», Kuba, Nordkorea oder auch Venezuela zeigen unmissverständlich auf, in welches Elend ganze Regionen, Völker und damit Millionen Menschen mit dem Sozialismus, der Gleichmacherei, geführt wurden.

Ernst Schibli
Nationalrat SVP
Otelfingen

Die Gedanken, ein solches Begehren zu lancieren, werden nur von Menschen entwickelt, die sich der Verantwortung eines prosperierenden Landes gegenüber den Mitmenschen, der gesamten Volkswirtschaft und der enormen Leistung zur Erhaltung eines hohen Lebensstandards und Wohlstandes nicht bewusst sind. Vielfach sonnen sich diese Leute auch im heimischen Überfluss, ignorieren die bedenklichen Zustände, die durch die Gleichmacherei an verschiedensten Orten auf der Welt entstanden sind. Sie wollen mit ihren politischen Aktivitäten Zustände schaffen, über deren Wirkung sie keine Rechenschaft ablegen müssen, in denen sie selber auch nicht leben möchten und die sich niemand wünscht. Darum ist es äusserst wichtig, dass diese Volksinitiative, für eine nationale Erbschaftssteuer, wuchtig abgelehnt wird.

Gleichmacherei führt in die Armut

Dass es reiche, begüterte und weniger begüterte Menschen und Firmen gibt, ist keine Errungenschaft des 21. Jahrhunderts, sondern eine alte Wahrheit. Es ist wichtig, dass in einer erfolgreichen Gesellschaft allen ein Handlungsspielraum zugestanden werden muss, der motiviert und Leistungen honoriert.

Wer nun ernsthaft glaubt, dass mit dieser Erbschaftssteuer-Initiative eine nachhaltige Umverteilung von privaten oder geschäftlichen Vermögenswerten herbeigeführt werde, irrt gewaltig. Reiche und begüterte Privatpersonen und Firmen, die ja bereits heute einen Grossteil der Steuern und Sozialabgaben entrichten, verlegen ihre Tätigkeiten ins Ausland. Sie zahlen fortan ihre Einkommens- und Vermögenssteuern zu einem grossen Teil nicht mehr in der Schweiz und im Erbfall fallen damit ebenfalls keine Erbschaftssteuern an. Milliardenbeträge gingen dem Schweizer Fiskus somit verloren. Der Wirtschaftsstandort Schweiz würde massiv geschwächt, die Arbeitslosigkeit würde in die Höhe schnellen und die Sozialversicherungen bekämen grosse finanzielle Probleme. Der Staat müsste die Steuern erhöhen und sich weiter verschulden, um seine gesetzlichen Verpflichtungen wahrnehmen zu können.

Doch damit nicht genug! Wer seine Zelte nicht ins Ausland verlegen möchte, aber es sich leisten kann, weniger zu arbeiten, um nicht mehr so viel Steuern, Abgaben und Gebühren zahlen zu müssen, könnte so sein Einkommen reduzieren. Die Steuereinkünfte des Staates würden zusätzlich um Milliarden zurückgehen. Ohne eine weitere zusätzliche Verschuldung könnte die Öffentlichkeit ihren Aufgaben nicht mehr gerecht werden. Denn die Belastung mit Verpflichtungen würde wegen weniger Einnahmen nicht kleiner. Die Konkurrenz- und Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz wäre am Boden, der Lebensstandard würde auf Niveau Armut sinken. – Diese fatalen Folgen hätten wir der ruinösen Gleichmacherei-Idee zu verdanken und zu tragen.

Freiheitliche Rahmenbedingungen für die Wirtschaft statt nationale Erbschaftssteuer

Nur wenn sich Arbeit lohnt, sind die Voraussetzungen gegeben, dass die Firmen investieren, innovativ tätig sind und begehrte Produkte weltweit vermarkten können. Darum sind die Rahmenbedingungen für alle Wirtschaftsbereiche, ausser der einheimischen Lebensmittelproduktion, mit möglichst wenig staatlicher Einflussnahme auszugestalten. Damit erhält der Wirtschaftsstandort Schweiz Perspektiven, die für den harten internationalen Wettbewerb von grosser Bedeutung sind. Durch eine erfolgreiche Geschäftstätigkeit der Schweizer Firmen im In- und Ausland und eine gesunde Eigenverantwortung ergeben sich für den Staat dann auch Steuereinnahmen, die ihm ermöglichen, seine Aufgaben zu erfüllen und die Schulden zu reduzieren. Dieser Weg hält aber auch die Arbeitslosigkeit tief und die Sozialkosten verlaufen ebenfalls in geordneten Bahnen.

Die Sozialwerke sind deshalb durch eine schlagkräftige, gut aufgestellte Wirtschaft und ihre Mitarbeitenden zu alimentieren und nicht über neue Steuern, die der Volkswirtschaft schaden.

Diese Volksinitiative für eine nationale Erbschaftssteuer ist unklar und gefährlich formuliert und schadet der Schweiz und den hier lebenden Menschen. Sie verkennt die ausgezeichneten schweizerischen Verhältnisse und versucht das Eigentum und den Wohlstand zu zerstören. Darum ist sie einer Unterstützung unwürdig und muss klar abgelehnt werden.

Zitat

«Jedes Huhn, jedes Kalb und jede Sau sind in der Schweiz statistisch erfasst. Aber die Zahlen der Nettozuwanderung sind nicht bekannt und werden geheim gehalten.»

Toni Brunner, Parteipräsident SVP Schweiz anlässlich der Delegiertenversammlung vom 18. April in Freiburg.

ZWEI VERDIENTE POLITIKER GEBEN VERZICHT BEKANNT

Max Binder und Toni Bortoluzzi treten nicht mehr an

Kurz vor und nach dem kantonalen Wahltermin haben zwei wichtige SVP-Politiker ihren Rücktritt aus dem Nationalrat auf Ende der laufenden Legislatur angekündigt. Damit wird die Ausgangslage klar für die Bestellung der SVP-Liste, welche definitiv von der Delegiertenversammlung vom 28. Mai in Volketswil verabschiedet wird.

Max Binder

Toni Bortoluzzi

rw. SVP-Nationalrat Max Binder hat am 8. April anlässlich der Delegiertenversammlung des Zürcher Bauernverbandes in der Forch mitgeteilt, dass er im Herbst auf eine erneute Nationalratskandidatur verzichtet. Max Binder gehört dem Rat seit 1991 an. Er ist Mitglied der Neat-Aufsichtsdelegation, Mitglied der GPK des Nationalrats sowie Mitglied in der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen. Im Jahr 2004 präsidierte Max Binder den Nationalrat. «Da die Legislatur noch bis zum ersten Tag der neuen Legislatur dauert, ist dies noch kein Abschied von der nationalen Politik, sondern lediglich die Ankündigung dazu», sagte Binder vor den ZBV-Delegierten.

In der Woche nach den kantonalen Wahlen hat auch Nationalrat Toni Bortoluzzi seinen Verzicht bekannt gegeben. Der Handwerker und Vertreter des Gewerbes werde wie zu Beginn der Amtsdauer beabsichtigt, auf Ende der Legislatur seine Parlamentstätigkeit beenden. Bortoluzzi gehört dem Rat seit 1991 an. Er hat sich vor allem in der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit einen Namen gemacht und gilt als der Rentenspezialist der SVP. Ferner gehörte er eine Zeitlang auch der sicherheitspolitischen Kommission an.

Der «Zürcher Bote» wird die Leistungen der beiden Politiker nach Ende der Legislatur entsprechend würdigen.

TREFFEN DER PARTEIGREMIEN DER SVP SCHWEIZ

Nein zur Stipendieninitiative und zur Präimplantationsdiagnostik

Die Parteigremien der SVP Schweiz haben sich am letzten Freitag in Freiburg/FR zu verschiedenen Sitzungen getroffen. Der Zentralvorstand hat dabei abschliessend die Parolen der Partei zur Stipendieninitiative und zum Verfassungsartikel zur Fortpflanzungsmedizin und Gentechnologie im Humanbereich (Präimplantationsdiagnostik) gefasst, über welche am 14. Juni 2015 abgestimmt wird. Während die Stipendieninitiative einstimmig abgelehnt wird, hat der Zentralvorstand bei der Präimplantationsdiagnostik nach intensiver Diskussion mit 36 zu 25 Stimmen die Nein-Parole beschlossen.

SVP. Die unnötige Stipendieninitiative schwächt den Schweizer Bildungsraum. Die Initianten konnten bis heute nicht belegen, dass in diesem Bereich in der Schweiz ein Missstand herrscht. Nirgends auf der Welt ist das Studium so günstig und gleichzeitig so hochstehend wie in der Schweiz. Stattdessen wollen die Initianten die Anspruchsmentalität weiter steigern und noch mehr Geld vom Steuerzahler. Dies benachteiligt einmal mehr unsere praxisorientierte Berufsbildung und beflügelt die Verakademisierung des Bildungssystems. Einer Zentralisierung der bisher gut funktionierenden Hochschulpolitik muss eine klare Absage erteilt werden. Deshalb hat auch der Zentralvorstand einstimmig entschieden, diese Initiative abzulehnen.

Keine schrankenlose Fortpflanzungsmedizin

Eine kontroverse Debatte hat der Zentralvorstand zum Verfassungsartikel zur Fortpflanzungsmedizin geführt. Eingeführt durch kontradiktorische Referate von Nationalrätin Nadja Pieren (pro) und Ständerat Peter Föhn (contra) hat der Zentralvorstand festgehalten, dass einer Öffnung der Fortpflanzungsmedizin nur unter strengen Schranken zugestimmt werden darf. Einer Ausdehnung der Anwendung der Präimplantationsdiagnostik in Richtung Screening oder Unterscheidung zwischen «wertvollem» und «minderwertigem» Leben ist entschieden entgegenzutreten.

Eine Mehrheit des Zentralvorstandes ist der Meinung, dass die nun vorliegende Verfassungsänderung dieser Vorgabe nicht entspricht. Die geschaffenen Möglichkeiten im Bereich der Präimplantationsdiagnostik führen unsere Gesellschaft ethisch und sozialpolitisch an einen Punkt, den die SVP nicht mittragen kann. Weitere Öffnungen sind zudem schon geplant und technisch bereits machbar, z.B. im Bereich der Eizellspende, von Retterbabys oder Designerkinder.

Die Parteigremien haben zudem der Rechnung 2014 der Partei sowie dem Budget 2015 zugestimmt sowie den Jahresbericht 2014 genehmigt.

AUS DEM KANTONSRAT

Die EKZ ist gut unterwegs

Die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) haben dem Kantonsrat den ausführlichen und transparent gestalteten Geschäftsbericht 2013/14 zur Genehmigung vorgelegt, den die Aufsichtskommission für wirtschaftliche Unternehmungen (AWU) eingehend vorgeprüft und Zustimmung in allen Teilen beantragt hat.

Reinhard Fürst
Kantonsrat SVP
Illnau-Effretikon

Bei einem konsolidierten Umsatz von 829,6 Mio. Franken hat die EKZ-Gruppe einen Unternehmensgewinn von 67,4 Mio. Franken erzielt. Damit übertreffen die EKZ das Vorjahresresultat um 17 Mio. Franken. Die EKZ werden mit Auflagen vom Bund (BR Beschluss 2011, Quotenregelung) gezwungen, in die Produktion von neuen erneuerbaren Energien zu investieren.

Die erforderliche Leistung kann in der Schweiz jedoch nur zu kleinem Anteil realisiert werden, deshalb muss in Wind- und Solarparks im Ausland investiert werden; vorwiegend in Deutschland, Frankreich und Portugal. Die Risiken dieser Investitionen werden gut überwacht.

Seit 2009 sind Kunden mit mehr als 100 MWh Leistungsbezug frei in der Wahl des Stromlieferanten. Erst seit 2011 ist wirkliche Bewegung in den Markt gekommen. Die Strompreise auf dem Weltmarkt sind gesunken und sinken weiter; das Marktsegment Grosskunden ist stark umworben. Die EKZ fokussieren sich weiterhin auf ihre Stärken im mittleren Bezugsbereich und dabei auf zufriedenstellende Margen in jedem Einzelvertrag. Dies wird als richtige Strategie begrüsst.

Nach wie vor liegt der wesentliche Grund für den Zerfall der Strompreise in der Subventionierung der neuen erneuerbaren Stromproduktion im nahen Ausland, ansatzweise auch im Inland. Die daraus resultierende Wettbewerbsverzerrung durch billigen Strom stellt eine grosse Hürde dar für die am Strommarkt beteiligten Unternehmungen, weil der Energiepreis vermehrt von «Sonne und Wind» abhängig ist. Die EKZ stellen sich dieser Herausforderung mit «strukturierter» Energiebeschaffung, indem die Energie zum bestmöglichen Zeitpunkt eingekauft wird. Ebenfalls die Investition in einen 1 Megawatt Batteriespeicher in Dietikon zum schnellen Ausgleich von Frequenzschwankungen ist eine zielgerichtete, innovative Investition in die Zukunft.

Die Marktöffnung Phase 2 (Kunden <100 MWh) wurde vom Bund anfänglich auf das Jahr 2014 vorgesehen, dann auf 2016 verschoben und nun (wohl) definitiv auf 2018 festgesetzt. Diese Terminverschiebungen haben unangenehme Auswirkungen auf die Planung. Die EKZ setzten auf ihre Stärken in hoher Versorgungssicherheit (99,997 %, weltweit gesehen ein Höchstwert) zu marktkonformen Preisen.

Mit diesen und weiteren Massnahmen wird breit gefächert das Vertrauen und damit die Kundenbindung gestärkt, so dass mit Zuversicht die Marktöffnung erwartet wird. Zur Kostenoptimierung wurden im gesamten Betriebsbereich Massnahmen evaluiert und wo sinnvoll umgesetzt. Auch dies alles wird als strategisch richtigen Weg gewürdigt. Die Thematik des Doppelmandates von Dr. Ueli Betschart als EKZ-Verwaltungsratspräsident und gleichzeitig AXPO-Verwaltungsrat wurde aus dem Gesichtspunkt der Befangenheit auch dieses Jahr wiederum ausführlich debattiert. Für die SVP-Fraktion überwiegen klar die Vorteile zu Gunsten der EKZ und damit des gesamten Kantons Zürich. Als Risikofaktor beurteilt wird die Beteiligung der EKZ an der AXPO (Minderheitsbeteiligung 36,75 Prozent der Aktien) und damit verbunden die Handelstätigkeit der AXPO mit Derivaten (Energie und Energierohstoffe). Die SVP-Kantonsräte Ruedi Menzi, Beat Huber und Reinhard Fürst in ihrer Funktion als Kommissionsmitglieder der AWU haben sich versichert, dass die EKZ ein pragmatisch geführtes Risikomanagement betreiben, worin auch die AXPO-Beteiligung stufengerecht geführt wird. Das Thema bleibt jedoch sowohl bei den EKZ, als auch der AWU in kritischer Beobachtung.

Der Strommarkt und damit ihre Mitbewerber werden zunehmend dem freien Markt ausgesetzt. Der unternehmerische Spielraum der EKZ darf durch staatlich verordnete Lenkungsmassnahmen nicht zu stark eingeschränkt werden, damit sie sich im dereinst vollständig liberalisierten Markt gut entwickeln kann.

Die Geschäftsleitung und das Personal (1486 MA, –2,4 % gegenüber Vorjahr) der EKZ haben sehr gute Arbeit geleistet zu Gunsten stabiler, sicherer Energieversorgung. Ihnen allen gebührt der herzliche Dank der Zürcher Bevölkerung.

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK:

Der Kantonsrat hat am Montag ...

- … mit 155:0 Stimmen die Rechnung und den Geschäftsbericht der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) für das Jahr 2013/14 genehmigt.
- … das Gemeindegesetz mit 110 gegen 50 Stimmen verabschiedet.
- … eine Änderung des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch in erster Lesung beraten. Die Änderung umfasst Beurkundungen von Firmen bei Notariaten und Handelsregisteramt.
- … eine Interpellation zur Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) und der Tragödie von Flaach diskutiert.

20. April 2015

STÄNDERATSNOMINATION ZU HANDEN DER DELEGIERTENVERSAMMLUNG

Hans-Ueli Vogt: Ein brillanter Kopf für Zürich

Parteileitung und Kantonalvorstand der SVP des Kantons Zürich haben anlässlich ihrer Sitzung von Mitte April einstimmig Kantonsrat Hans-Ueli Vogt zu Handen der kommenden Delegiertenversammlung vom 28. April in Obfelden als Ständeratskandidaten nominiert. Hans-Ueli Vogt ist die richtige Wahl.

Hans-Ueli Vogt

rw. Kantonsrat Hans-Ueli Vogt ist ein weltoffener und welterfahrener Politiker, ein brillanter Denker und ein profunder Kenner des Wirtschafts- und Rechtswesens. Er weiss, was es braucht, damit Zürich weiterhin ein attraktiver Wirtschafts- und Lebensraum bleibt. Und er weiss, wie im Ausland gedacht und gehandelt wird und wie wir unsere Anliegen am besten vertreten können. Mit seinem Können und seinem Wirtschaftsprogramm wird er sich in Bern für bessere Rahmenbedingungen für unseren Kanton und damit für alle Zürcherinnen und Zürcher einsetzen. Und genau deshalb ist Hans-Ueli Vogt die beste Wahl für den Ständerat. Damit unser Kanton weiterhin ein lebenswerter Wirtschaftskanton mit attraktiven Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Sicherheit und Stabilität bleibt, brauchen wir in Bern im Ständerat die besten Köpfe. Wir brauchen Kantonsvertreter, die sich für attraktive wirtschaftliche Rahmenbedingungen zur Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Einkommen und AHV einsetzen.

Rückblick auf kantonale Wahlen

Der Kantonalvorstand hat weiter mit Befriedigung Kenntnis von den Resultaten der Kantons- und Regierungsratswahlen genommen. Ein weiteres Mal ist die SVP mit deutlichem Abstand zur stärksten Kraft im Zürcher Kantonsrat gewählt worden. Mit der soliden Wiederwahl der beiden SVP-Regierungsräte Markus Kägi und Ernst Stocker ist die SVP zudem auch im Regierungsrat die führende Kraft. Nun geht es darum, diese Resultate bei den Eidgenössischen Wahlen im Herbst zu bestätigen. Die SVP wird anlässlich der Delegiertenversammlung vom 28. Mai in Volketswil ihre Nationalratsliste genehmigen.

Nein zur Stipendieninitiative

Für den eidgenössischen und kantonalen Urnengang vom 14. Juni hat die SVP die Parolen mit zwei Ausnahmen bereits gefasst. Auf Antrag von Kantonsrat Claudio Zanetti, Mitglied der Kommission für Bildung und Kultur, lehnt der Kantonalvorstand einstimmig die Stipendieninitiative ab.

Die unnötige Stipendieninitiative schwächt den Schweizer Bildungsraum. Die Initianten konnten bis heute nicht belegen, dass in diesem Bereich in der Schweiz ein Missstand herrscht. Nirgends auf der Welt ist das Studium so günstig und gleichzeitig so hochstehend wie in der Schweiz. Stattdessen wollen die Initianten die Anspruchsmentalität weiter steigern und noch mehr Geld vom Steuerzahler. Dies benachteiligt einmal mehr unsere praxisorientierte Berufsbildung und beflügelt die Verakademisierung des Bildungssystems. Einer Zentralisierung der bisher gut funktionierenden Hochschulpolitik muss eine klare Absage erteilt werden.

Die Parole zum Verfassungsartikel zur Fortpflanzungsmedizin wird die SVP-Kantonalpartei an der nächsten Delegiertenversammlung fassen.

VEREINSVERSAMMLUNG DES HAUSEIGENTÜMERVERBANDS ZÜRICH

Nationalrat Gregor Rutz neuer Präsident des HEV Zürich

HEV. An der Generalversammlung des Hauseigentümerverbands der Stadt Zürich von letzter Woche stimmten die anwesenden 499 Mitglieder mit überwältigender Mehrheit der Wahl von Nationalrat Gregor Rutz als neuen Präsidenten des HEV Zürich zu. Gregor Rutz ist seit 2011 Vorstandsmitglied des HEV Zürich und setzte sich bereits als Kantonsrat und heute auch als Nationalrat für die Interessen und Belange der Wohn- und Grundeigentümer ein.

Gregor Rutz

Der Jurist ist seit 2009 Vizepräsident der SVP Kanton Zürich, Präsident der IG Freiheit sowie Vorstandsmitglied der Aktion Medienfreiheit. Der bisherige Präsident Dr. Christian Steinmann engagierte sich während beinahe 20 Jahren für den HEV Zürich: 1996 wurde er von der Generalversammlung zum Präsidenten gewählt und bekleidete dieses Amt seither ohne Unterbruch. Christian Steinmann wurde von der Vereinsversammlung zum Ehrenmitglied gewählt.

VOTUM AUS DEM KANTONSRAT

Neues Gemeindegesetz – ein fauler Kompromiss

Wir befinden heute abschliessend über das neue Gemeindegesetz. Obwohl ich nicht Mitglied der STGK bin, habe ich das Geschäft – mit etwas Distanz – gut mitverfolgen können. Ich möchte vorausschicken, dass ich weder von meiner Fraktion noch vom Gemeindepräsidentenverband mandatiert bin, sondern als Gemeindepräsident und Kantonsrat das Wort an Euch richte.

Martin Arnold
Kantonsrat SVP
Oberrieden

Das Gemeindegesetz wurde offenbar in der Regierung sehr kontrovers diskutiert und in einem Entwurf verabschiedet, über dessen Qualität man sich durchaus unterhalten kann. Die STGK hatte schliesslich die schwierige Aufgabe, dieses Gesetz in eine Form zu bringen, welche die Vorlage «verträglich» gemacht hat. Sie hat dafür viel Zeit und Energie investiert.

Dem nun vorliegenden Gesetz muss attestiert werden, dass es nicht so schlecht herausgekommen ist und die STGK gemacht hat, was möglich war. Ich frage mich jedoch, ob dies angesichts der Bedeutung und der möglichen Auswirkungen genügt. Schliesslich wird dieses Gesetz den Rahmen für die künftige Aufgabenerfüllung der dritten Staatsebene (Gemeinden) abstecken. Landauf und landab werden in der Folge die Gemeindeordnungen angepasst werden.

Aber ich frage mich ob es genügt, wenn die Grundlage dazu ein Gesetz ist, das «nicht so schlecht» herausgekommen ist.

Fehlende Berechenbarkeit und Sicherheit

Wir haben in der Vergangenheit Erfahrungen damit sammeln können, was es bedeutet, wenn ein Gesetz «nicht so schlecht» ist. Es sei hier an das neue Volksschulgesetz erinnert, dessen Umsetzung (und Interpretation durch die Verwaltung) die Schulen im Kanton und die Gemeindefinanzen stark belastet. Es ist durchaus denkbar, dass dies auch beim Gemeindegesetz so sein wird, jedenfalls lassen die umfangreichen Vorarbeiten der Verwaltung darauf schliessen.

Und nun wollen wir also dieses «nicht so schlechte» Gesetz unbedingt noch in der alten Legislatur verabschieden, einfach damit es vom Tisch ist? Erliegen wir hier nicht einem vermeintlichen Sachzwang? Einem Sachzwang, der uns von der Verwaltung eingehämmert wurde, den wir uns letzten Endes aber selber auferlegt haben?

Betrachten wir einmal den Umkehrschluss. Was würde passieren, wenn wir uns noch ein bisschen mehr Zeit nehmen und den oben geschilderten Sachverhalt noch einmal überdenken? Nichts. Was würde passieren, wenn wir das Gesetz ablehnen? Nichts. Die Gemeinden funktionieren mit den bestehenden Bestimmungen gut. Wir hätten aber die Möglichkeit, in der neuen Legislatur zu bestimmen, was wir tatsächlich wollen. Dies könnte z.B. ein schlankes neues oder ein revidiertes altes Gemeindegesetz sein, welches die erkannten Mängel des bisherigen ausgleicht und die Anpassungen aufgrund der neuen Verfassung aufnimmt.

Dazu könnten wir ein Finanzhaushaltsgesetz verlangen, das eine vernünftige und zeitgemässe Ordnung bei den Gemeindefinanzen schafft, die Gemeinden aber nicht bevormundet. Damit würde alles ein bisschen berechenbarer und übersichtlicher werden. Und das ist es schliesslich, was die Gemeinden brauchen: Berechenbarkeit und Sicherheit.

Missglückte Übung

Nun – es ist klar, dass in den Fraktionen diese Vorlage schon intensiv diskutiert wurde und die Lust zur erneuten Diskussion nicht besonders ausgeprägt ist. Aber vielleicht verlief die Beratung zu stark bereits in den Detailfragen der einzelnen Regelungen und wir sind der «Macht des Faktischen» zu stark erlegen.

Es würde jetzt aber noch die Möglichkeit bestehen, die Vorlage abzulehnen und damit die nötige Zeit zu gewinnen, um den gesetzlichen Rahmen für unsere 170 Gemeinden neu abzustecken.

In verschiedenen Gesprächen habe ich in allen Fraktionen eine mittlere Unzufriedenheit zu diesem Gesetz festgestellt. Niemand ist damit wirklich zufrieden. Ist das einer der häufigen Kompromisse? Nein – es ist ein fauler, ein missglückter Kompromiss. Wenn Sie also tatsächlich verantwortungsvoll und weitsichtig für unseren Kanton, für unsere Gemeinden handeln wollen, dann müssen Sie das Gemeindegesetz in der vorliegenden Form ablehnen.

WANDERUNGSSALDO

Nichtwähler sind die grösste «Wählergruppe»

Die SVP hat am 12. April das Kunststück geschafft und hat einen Wähleranteil über 30 Prozent erzielt. Dies ist mehr als vor vier Jahren. Insgesamt sind aber weniger Stimmen für die SVP abgegeben worden als 2011.

Der um 0,38 Prozent höhere Wähleranteil für die SVP wurde nur dank der tieferen Stimmbeteiligung erzielt. Insgesamt haben 3999 Wähler weniger eine SVP-Liste eingelegt als vor vier Jahren. Zu beachten ist auch die rekordtiefe Wahlbeteiligung, bei der beinahe sechs von zehn Bürgern nicht an die Urne gegangen sind.

Stimmen von BDP und Grün gewonnen

Glaube nur Statistiken, die du selber gefälscht hast, stimmt im Grundsatz. Die Auswertungen des Instituts für Wahl-, Sozial- und Methodenforschung wurde bereits am Dienstag nach den Wahlen z. B. im «Zürcher Oberländer» publiziert Darin wird dargelegt, wie die Wählerflüsse stattgefunden haben sollen. In der Tendenz stimmen diese Auslegungen sicherlich. Danach hat die SVP zusätzliche Stimmen von Wählern erhalten, welche vor vier Jahren BDP, Grün oder Grünliberal gewählt haben. Mehr als 3000 Wähler, die 2011 noch SVP gewählt haben, legten am 12. April 2015 die FDP-Liste ein, diese Stimmen hat die SVP verloren. Was aber noch mehr nachdenklich machen muss, ist die Tatsache, dass gegen 6000 Wähler, welche vor vier Jahren noch SVP gewählt haben, bei den letzten Wahlen daheim geblieben sind und neu zu den Nichtwählern gehören.

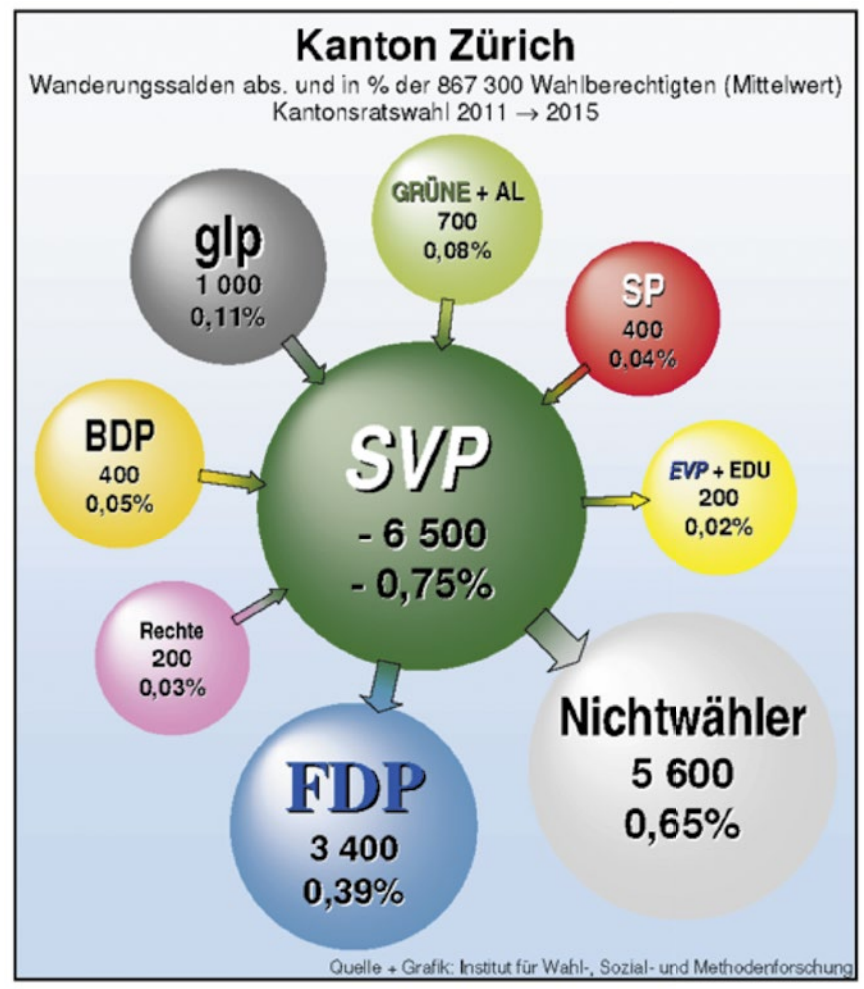
Herbstwahlen

Es ist wichtig zu erkennen, weshalb die SVP ihre Basis dermassen schlecht mobilisieren konnte, vor allem auch weil in einem halben Jahr die nationalen Wahlen anstehen. Wollen wir im Herbst gewinnen und zusätzliche Sitze holen, so muss ein Rezept gefunden werden, welches die Nichtwähler mobilisiert und diese an die Urne bewegt. Im kantonalen Wahlkampf war die SVP auf allen Kanälen bestens vertreten. Bis auf die thematischen Inserate der SVP des Kantons Zürich, waren praktisch alle Werbemittel auf Kandidaten und die Liste 1 fokussiert. Ganz falsch kann die Werbekampagne nicht gewesen sein, das Resultat mit einem leicht angewachsenen Wähleranteil wäre sonst nicht möglich gewesen. Es ist aber eine Tatsache, dass bei einer besseren Mobilisierung deutlich mehr möglich gewesen wäre.

Argumente statt Köpfe

Der Wähler ist ein Egoist. Er braucht einen Nutzen für sich, damit er wählen geht. Ein Nutzen kann sein, wenn er einen bestimmten Kandidaten unterstützen will. Kennt der Wähler aber keine Kandidaten persönlich, so müssen wir ihm Argumente liefern wie «frei bleiben, niemals in die EU» oder «keine fremden Richter» oder «Stau weg, freie Strassen». Machen wir bei den Herbstwahlen doch beides, wir bieten dem Wähler die prominenten Köpfe unserer Nationalräte und liefern Argumente. So gewinnt die SVP die Nationalratswahlen und die Ständeratswahlen!

Martin Suter,
Präsident SVP Wahlkommission, Rüti



REVISION RADIO- UND FERNSEHGESETZ (RTVG)

Podiumsdiskussion in Uster

Am Montag, 20. April 2015 lud die SVP Uster gemeinsam mit den Lokalparteien der SP und CVP zum Podium in den Gemeinderatssaal Uster. Das Thema war «Revision Radio- und Fernsehgesetz – Unfaire Mediensteuer oder moderne Finanzierung des ‹Service Public›?» Trotz Ferienzeit, schönem Wetter und der Montagabendunterhaltung im gebührenfinanzierten TV nutzten ein paar Dutzend Besucher die Chance, sich eine Meinung im Hinblick auf die Abstimmung vom 14. Juni 2015 zu bilden.

Patrick Borer
SVP Uster

Das revidierte Bundesgesetz über Radio- und Fernsehen (RTVG) sieht vor, «die Empfangsgebühr aufgrund der technologischen Entwicklung durch eine allgemeine Abgabe zu ersetzen», heisst es im Wortlaut des Bundesamtes für Kommunikation (BAKOM). Die Vorlage gelangt vors Volk, da gegen die vom Parlament verabschiedete Gesetzesrevision das Referendum ergriffen wurde. Bevor man mit der Revision die Finanzierung neu regle, müsse man sich über den «Service Public» unterhalten, mit dem Ziel, diesen eng zu definieren», waren sich die beiden SVP-Nationalräte Natalie Rickli und Gregor Rutz einig. Es könne nicht sein, dass sich die SRG (Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft) nun zusätzliche Finanzen hole, ohne die Diskussion geführt zu haben, was der Staat in der modernen Medienlandschaft überhaupt noch an Leistungen erbringen müsse. Die Sorge ist nicht unberechtigt, denn würde das Volk die RTVG-Revision befürworten, festigte es quasi die SRG, wie sie ist, und würde eine Diskussion über den «Service Public» noch schwieriger machen.

Diskussion über Definition des «Service Public» führen

CVP-Nationalrat Martin Candinas und SP-Nationalrat Thomas Hardegger, welche die Gesetzesrevision befürworten, finden das Vorgehen korrekt. «Man möchte lediglich das Abgabe- und Einzugssystem ändern und es damit einfacher und fairer machen», erklärt Hardegger. Die Abgabe wäre neu nicht mehr an ein Empfangsgerät gebunden und müsste von Privaten sowie Juristischen Personen bezahlt werden. Dadurch erweitert sich der Kreis der Zahlenden, weshalb Privathaushalte «nur» noch CHF 400.– statt wie bisher CHF 462.– bezahlen müssten. Immer noch zu viel für Natalie Rickli, die sich daran stört, dass der Bundesrat, sollte das Volk «Ja» sagen, künftig in Eigenkompetenz über eine Erhöhung der Abgaben entscheiden und diese so weiter steigen lassen könnte. «Etwa Fr. 200.– wären richtig», meinte die Nationalrätin.

Von links nach rechts: Matthias Stammbach, Präsident SP Uster, Martin Candinas, Nationalrat CVP, Thomas Hardegger, Nationalrat SP, Claudia Wirz, Gesprächsleiterin, Natalie Rickli, Nationalrätin SVP, Anita Borer, Präsidentin SVP Uster, Gregor Rutz, Nationalrat SVP, auf dem Stadthausplatz Uster.

Ob es nicht einfach um die Strukturerhaltung der SRG gehe, fragte die Gesprächsleiterin Claudia Wirz und bekam von Thomas Hardegger einen Exkurs über den Auftrag der SRG zur Antwort. «Es gibt einen Auftrag, der darüber hinausgeht, dass es private TV-Sender zahlen können», meint der SP-Nationalrat. Rickli gab ihm teilweise Recht, relativierte jedoch, indem sie erzählte, wie der Privatfernsehsender «3+» von der SRG bei den Verhandlungen um den Kauf einer teuren Entertainment-Show überboten wurde. «Dort wo es private Angebote gibt, sollte sich die SRG zurückziehen», meinte sie und erhielt Unterstützung von ihrem Parteikollegen Rutz: «Die SRG kopiert gute, private Sendeformate mit viel mehr Finanzkraft, und betreibt damit aktive Wettbewerbsverzerrung.» Darauf folgte eine Debatte um Sinn und Unsinn gebührenfinanzierter Kochsendungen oder von Jassen im Puff. Einer aus dem Publikum wusste mit «Schawinski» ein weiteres SRF-Format hinzuzufügen. Dies zeigte die Notwendigkeit einer breit angelegten Diskussion zur Klärung der Frage nach der Definition des «Service Public» eindrucksvoll auf – sie sollte geführt werden, besser heute als morgen.

Natalie Rickli und Gregor Rutz empfahlen abschliessend, dem Lockruf der vermeintlich tieferen Abgabe nicht zu verfallen und die Vorlage abzulehnen.

Neues Parteiprogramm der SVP Schweiz liegt vor

Das neue Parteiprogramm der SVP Schweiz 2015 bis 2019 «SVP – die Partei für die Schweiz» liegt druckfrisch vor.

SVP. Die Delegiertenversammlung der SVP Schweiz hat am 28. Februar 2015 anlässlich eines Programmparteitages das neue Parteiprogramm 2015 bis 2019 verabschiedet. Es umfasst 20 Themenbereiche und liegt nun in gedruckter Form als illustriertes rund 100-seitiges Dokument (A5 quer) in deutscher, französischer, italienischer und englischer Sprache vor. Das umfassende Programm gibt in allen Politikbereichen die Leitlinien der SVP vor und gilt den Mandatsträgern als Vorgabe für ihre tägliche Arbeit.

Bestellen Sie das neue Programm in deutscher Sprache: sekretariat@svp-zuerich.ch

Tag der Arbeit von der marktwirtschaftsfreundlichen Seite

Traditionelles 1.-Mai-Fest der SVP Regensdorf

Freitag, 1. Mai 2015

Ab 11 Uhr Festbetrieb mit Holzkohle-Grill und Bar, Dorfstrasse 121 in Watt bei Regensdorf

Für musikalische Unterhaltung sorgen das «Echo vom Furttal».

14 Uhr Gastreferat von Hans Rutschmann, alt Nationalrat und Präsident des Zürcher Gewerbeverbandes

Jedermann ist an unserem 1.-Mai-Fest herzlich willkommen.

Parkplätze sind beim Dorfplatz Watt vorhanden.

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Einstehen für Regensdorf

LESERBRIEF

Neues Gemeindegesetz ein trojanisches Pferd

Einmal mehr hat die SVP-Fraktion des Zürcher Kantonsrates Weitblick gezeigt und das neue Gemeindegesetz zu Recht geschlossen abgelehnt. Obwohl die Änderungen im neuen Gemeindegesetz von den Medien herunter gespielt werden, bleibt im neuen Gesetz kein Stein auf dem anderen, es hat tatsächlich eine Revolution stattgefunden: Mit der Auslagerungsmöglichkeit von Gemeindeaufgaben und dem internationalen Rechnungswesen, das den Gemeinden aufgebrummt wird, öffnet das neue Gemeindegesetz Türen und Tore für die TiSA- und TIPP-Abkommen.

Damit wird der Privatisierung der öffentlichen Dienste (service public: Volksschule, Wasser, Strom, Spitäler usw.) zugunsten internationaler Grosskonzerne der Weg bereitet. Laut diesen geheim verhandelten Abkommen wäre es der Schweiz nicht mehr erlaubt, einmal privatisierten service public wieder rückgängig zu machen und die internationalen Konzerne hätten bei fremden Richtern ein Klagerecht gegen Staaten, wenn diese zum Beispiel ihre Lebensmittelvorschriften verschärfen.

Warum die Mitte-Links-Parteien hier als Steigbügelhalter des internationalen Grosskapitals und gegen das Gemeinwohl der eigenen Bevölkerung fungierten, müssen sie ihren Wählern noch erklären.

Peter Aebersold, Zürich

NEIN ZUR NEUEN BILLAG-MEDIENSTEUER

Gegen die Vergoldung der SRG auf Kosten der KMU

Eine durchschnittliche Familie mit zwei Kindern und einem Einkommen von 100 000 Franken arbeitet mehr als die Hälfte des Jahres nur für den Staat. Es ist mitten im Sommer, bis die Familie zum ersten Mal richtig Geld für sich selber verdient. Bis dahin arbeitet sie nur, um den Forderungen für die Benzinsteuer, die Mehrwertsteuer, die Gemeindesteuer, die Staatssteuer, die Tabaksteuer, die Kirchensteuer und, und, und … nachzukommen.

Jean-François Rime
Nationalrat SVP
Bulle (FR)

Immer gieriger wird der Staat und verlangt immer mehr und immer höhere Abgaben, Gebühren und Steuern. Und das in der angespannten Situation, wo unsere Betriebe und ihre Angestellten mit den Auswirkungen des starken Frankens zu kämpfen haben. 10–15 Prozent sind die Fixkosten aufgrund der Frankenstärke gestiegen. Das wird nicht spurlos vorbei gehen. In dieser Zeit müssen zusätzliche Belastungen und Abgaben vermieden und Entlastung umgesetzt werden. Und dann dies: Am 14. Juni, an einem einzigen Abstimmungssonntag, sollen an der Urne gleich zwei neue Steuern eingeführt werden. Anstatt zu entlasten, will der Staat nochmals kräftig zulangen und noch mehr Geld abziehen.

Unfaire Doppelbesteuerung

Extrem schädlich ist die Erbschaftssteuer-Initiative. Als regelrechter KMU-Killer würde diese neue Steuer den Unternehmen just im heiklen Moment der Nachfolgeregelung 20 Prozent des Erbes mit Steuern entziehen. Die junge Generation muss dann Unternehmensteile verkaufen oder von Bank zu Bank rennen, anstatt das Unternehmen weiterführen und Arbeitsplätze erhalten zu können.

Am selben Sonntag soll auch eine neue Zwangssteuer für die SRG-Staatssender eingeführt werden. Neu sollen jeder Privathaushalt und sämtliche Unternehmen für die SRG eine neue Billag-Mediensteuer entrichten müssen. Dabei spielt es künftig keine Rolle mehr, ob in einem Haushalt überhaupt Empfangsgeräte vorhanden sind. Es spielt keine Rolle mehr, ob jemand die Programme schauen will. Ja es spielt keine Rolle mehr, ob jemand überhaupt in der Lage ist, die Programme zu nutzen. Abgezockt werden alle. Gleich doppelt besteuert werden die Unternehmen. Jede Unternehmerfamilie muss privat sowieso schon zahlen. Über den Betrieb kommt oben drauf eine zweite Rechnung von bis zu 39 000 Franken pro Jahr. Genau gleich geht es einem Einzelunternehmer, ja jedem Mikro-KMU. Da die neue Billag- Mediensteuer als Kopfsteuer eingetrieben wird, sind sie zum Zahlen verdammt. Erwirtschaften sie einen Umsatz von 500 000 Franken pro Jahr, kommt automatisch eine zweite Rechnung oben drauf. Es ist ein Hohn und lässt tief in die Abzockermentalität der SRG und der Medienministerin blicken, dass diese absurde und zutiefst unfaire Doppelbesteuerung als – und hier kann man nur lachen – «Befreiung der KMU» angepriesen wird.

SRG-Bosse erhalten Abzockerlöhne

Die ganze Revision des Radio- und Fernsehgesetzes ist einzig darauf ausgelegt, mehr Geld in die Kassen der aufgeblasenen und selbstherrlichen SRG zu spülen. Und diese hat bei Gott eher eine Abmagerungskur nötig, als dass wir weiter und unbeschränkt noch mehr Geld in diesen Staatsapparat pumpen:

- 1,6 Milliarden Franken beträgt das Budget der Staatssender, das sich damit seit 1984 verdreifacht hat.
- Jeden Tag geben wir über 4 Millionen Franken für die SRG aus, die selbst bestimmen kann, was sie sich unter dem Deckmantel des Service public für Aufgaben geben und bezahlen lassen will.
- Die SRG profitierte von der starken Zuwanderung in den letzten Jahren. Weil immer mehr Leute zu uns kommen, fliesst automatisch immer mehr Geld in die Kassen der Staatssender. 142 Millionen Franken zusätzlich holt die SRG über diesen Weg seit der Jahrtausendwende ein – jährlich!
- Trotzdem steigen die Gebühren stetig an. Gespart wurde nie. Seit 1990 sind die Billag-Gebühren für die Privathaushalte von 279 Franken auf 462 Franken pro Jahr um unglaubliche 65 Prozent angestiegen.
- Bezahlt werden mit diesem Geld mitunter die in keiner Weise gerechtfertigten Abzockerlöhne der SRG-Bosse. Dafür, dass sie im grossen Stil fremdes Geld verpulvern, kassiert beispielsweise ein Roger de Weck 392 000 Franken pro Jahr. Dazu lässt er sich 95 000 Franken Spesen auszahlen. Unternehmerisches Risiko tragen muss er nicht. Verdienen darf er aber mehr als ein Bundesrat.

Ausbau des Staatssenders durch Mediensteuer

Doch der Steuerhunger der SRG ist unersättlich. Und die Absicht, noch mehr Steuergelder zu kassieren und zu verschleudern, ungebrochen. Deshalb stellen die SRG-Bosse und die Medienministerin mit der Revision des RTVG eine fiese Steuerfalle. Vorgegaukelt wird eine Senkung der Gebühren um 60 Franken. Gleichzeitig lassen sie sich den Freipass geben, die neue Billag-Mediensteuer in eigener Kompetenz und ohne Beschränkung erhöhen zu können. Bei keiner anderen Steuer im ganzen Rechtssystem gibt es einen solchen Blankocheck. Denn weder Parlament noch das Volk hätten künftig noch etwas zu sagen. Kommt die Vorlage durch, schnappt die Steuerfalle zu. Damit wird die SRG endgültig zum Fass ohne Boden. Denn die nächsten teuren Ausbauschritte hat die SRG bereits bestimmt. Sendungen nur fürs Internet – oder anders gesagt ein weiterer Sender – sollen aufgebaut werden. Den Anteil teurer Eigenproduktionen will man von heute 20 Prozent auf künftig 60 Prozent verdreifachen. Mit dieser Entwicklung ist klar, dass wir in wenigen Jahren pro Haushalt 1000 Franken und mehr Billag-Mediensteuer werden zahlen müssen.

Die Schweizer Demokratie braucht Meinungsfreiheit, sie braucht eine freie politische Diskussion in den vier Landessprachen.

Die Bürger müssen informiert werden. Diese Freiheit verlieren wir aber, wenn wir die freie Presse und die privaten Medien mit einem immer teureren und links gefärbten Staatssender abwürgen, der sich mit Steuergeldern richtiggehend vergolden kann. Deshalb fordere ich Sie auf: Sagen Sie NEIN zu dieser neuen Steuerfalle, NEIN zur neuen Billag-Mediensteuer, NEIN zur staatlichen Zwangssteuer, NEIN zum Radio- und Fernsehgesetz (RTVG).

Jean-François Rime ist Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbands sgv.

Parolen zur Volksabstimmung vom 14. Juni 2015

SVP des Kantons Zürich

EIDGENÖSSISCHE VORLAGEN	
1. Änderung der Verfassungsbestimmung zur Fortpflanzungsmedizin und Gentechnologie im Humanbereich	*
2. Stipendieninitiative	NEIN
3. Volksinitiative «Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV (Erbschaftssteuerreform)»	NEIN
4. Bundesgesetz über Radio und Fernsehen (Billag-Mediensteuer)	NEIN
KANTONALE VORLAGEN	
1. Verfassung des Kantons Zürich; obligatorisches Referendum für Gebühren (Gebühreninitiative)	JA
2. Gemeindegesetz; Gebührenkatalog (Gebühreninitiative)	JA
3. Kantonale Volksinitiative: Keine Härtefallkommission für abgewiesene Asylsuchende und Personen mit ungeregeltem Aufenthaltsstatus	JA

*** Die Parole zur Fortpflanzungsmedizin wird an der DV vom 28. April in Obfelden gefasst.**

JA zur Selbstbestimmungs-Initiative

«Denn hier bestimme ich!»

Liebe Schweizerinnen und Schweizer

Unsere Freiheit ist ein kostbares Gut. Die Schweiz ist aus dem unbändigen Drang unserer Vorfahren nach Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung entstanden. Diese Werte bilden auch die Grundlage für die Erfolgsgeschichte unseres Landes.

Selbstbestimmung und Unabhängigkeit sind jedoch bedroht:

- **Politiker, Beamte und Professoren wollen, dass das Schweizer Volk nicht mehr das letzte Wort hat. Sie möchten die Volksrechte unseres Landes einschränken.**
- **Das Bundesgericht hat beschlossen, dass fremdes Recht, fremde Richter und Gerichte mehr zählen als das von Volk und Ständen bestimmte Schweizer Recht.**

Die Folgen für uns Schweizerinnen und Schweizer:

- **Volk und Stände haben der eigenständigen Steuerung der Zuwanderung und auch der Ausweisung krimineller Ausländer zugestimmt. Die Politiker verweigern die Umsetzung unter Berufung auf fremdes Recht und internationale Verträge. Kriminelle Ausländer bleiben so in unserem Land und können hier weiter ihr Unwesen treiben. Und es wandern weiterhin jährlich netto 80'000 Menschen zusätzlich in die Schweiz ein.**
- **Selbsternannte Eliten und die Classe politique wollen, dass die Schweiz in Zukunft dynamisch und zwingend das Recht der Europäischen Union (EU) übernimmt und dass der Gerichtshof der EU in Luxemburg zum höchsten Gericht wird. Das Schweizer Volk hätte nichts mehr zu sagen.**

Deshalb bitten wir Sie, jetzt die Volksinitiative Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative) zu unterschreiben. Besten Dank.

Bitte sofort vollständig oder teilweise ausgefüllt einsenden an:

Komitee Schweizer Recht statt fremde Richter, Postfach 54, 8416 Flaach
Mehr Informationen oder Bestellung beziehungsweise Herunterladen von Bogen: 031 300 58 58, www.selbstbestimmungsinitiative.ch und info@selbstbestimmungsinitiative.ch
https://www.facebook.com/selbstbestimmungsinitiative

Fadegrad

von
Daniel Oswald

Weitere 70 Millionen für die Winterthurer Stadtwerke?

Die Flops aus dem Departement Technische Betriebe sind den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern aus Winterthur bestens bekannt. Allen voran das Desaster Biorender, gefolgt von den Windrädern in der Nordsee, bei welchen sich eine 8-Prozent-Rendite als heisse Luft entpuppt hat. Am 15. Mai 2011 hat das Volk an der Urne zum Umbau des Werkhofes Schöntal Ja gesagt. Bis heute wurde kein Nagel eingeschlagen.
Beim Umbau der KVA Winterthur gab es Kostenüberschreitungen von mehreren Millionen Franken. Ungeachtet dessen bewilligte der Grosse Gemeinderat an der Sitzung vom 23. März 2015 weitere 70 Millionen Franken für die «Weiterentwicklung des Systems dezentraler Quartierwärmeverbünde durch das Geschäftsfeld Energie-Contracting (EC) von Stadtwerk Winterthur». Zusammen mit den bereits früher bewilligten 65 Millionen ergeben sich Gesamtausgaben von 135 Millionen.
Wir von der SVP lehnten diesen Kredit ab. Bei den zu realisierenden Projekten gibt es einige, welche auch von privaten Investoren realisiert werden könnten. Unter den in Winterthur herrschenden Marktbedingungen ist das Risiko für private Investoren aber zu hoch. Wir müssen also davon ausgehen, dass hier auf Kosten des Gebührenzahlers mit Dumpingpreisen operiert wird. Dazu kommt, dass wieder technisch risikoreiche Projekte vorgesehen sind. So will man aus dem Grundwasserstrom unter Winterthur Wärme entziehen. Grundsätzlich bin ich für die Erschliessung dieser inländischen Energiequelle. Schliesslich trägt jede inländische Energiequelle zur Unabhängigkeit der Schweiz bei. Die notwendige Technologie befindet sich aber noch in der Entwicklung. In der aktuellen Finanzlage sind solche Investitionen nicht zu verantworten.
Auf dem Gebiet des Energie-Contractings können die Winterthurer Stadtwerke kaum mit den grossen Playern mithalten. Zumal diese Unternehmen schon im Besitz der wirtschaftlich attraktiven Contracting-Anlagen sind. Ausserdem machen diese Unternehmen ihren Gewinn mit dem Verkauf von Gas oder Pellets. Die Anlagen selber stellen primär ein Risiko dar.
Am 14. Juni kommt diese Vorlage zur Abstimmung. Wir von der SVP Winterthur werden uns aktiv für ein Nein einsetzen. Unterstützen Sie uns dabei. Vielen Dank.

EIN RÜCKBLICK UND EIN AUSBLICK

Linke Sozialindustrie = künstliche Zentrumslast

Die politisch und somit zwangsläufig auch finanziell roten Städte klagen über die sogenannte Zentrumslast. Diese Bürde und das linke Gutmenschentum lassen sich jedoch rasch als das entlarven, was sie sind: falsch und künstlich geschaffen!

Samuel Balsiger
Gemeinderat SVP
Zürich 9

Werfen wir zuerst einen Blick auf das Gedankengut der Linken. Oft zeigt sich der wahre Charakter eines Menschen, wenn er Macht bekommt – oder wenn er mit einer Niederlage umgehen muss. Und am letzten Wahlsonntag musste das links-grüne Lager im Kanton Zürich eine brutale Niederlage einstecken. In diesem Zusammenhang wurde auch Regierungsrat Martin Graf (Grüne) abgewählt. Graf schilderte anschliessend in einer aggressiven und primitiv anmutenden Brandrede, in deren Verlauf er scheinbar sogar den Mittelfinger zeigte, seine Sicht der Dinge, warum es zur Abwahl kam.

Carlos als «Bauernopfer»
Martin Graf deutet die verständliche Empörung der Bürgerinnen und Bürger betreffend dem Fall Carlos als eine politische Kampagne. Carlos sei zu einem «Bauernopfer» gemacht worden und dies hätte dann angeblich zum grünen Wahldebakel geführt. Der gescheiterte grüne Regierungsrat, der während vier Jahren für die Justiz zuständig war, bezeichnet also einen verurteilten Straftäter, einen Messerstecher, der ein Messer in das Fleisch eines anderen Menschen gestossen hat, als «Bauernopfer»! Diese Aussage lässt tief in die links-grüne Ideologie und das Gedankengut blicken: der Täter ist dort das Opfer. Das echte Opfer, welches wohl ein Leben lang körperlich und/oder psychisch leiden muss, findet tragischerweise keine Erwähnung.

Der Fall Carlos eignet sich auch sehr gut, um einen verstörenden Blick hinter die Fassade der linken Sozialindustrie zu werfen. Der uneinsichtige Straftäter wurde dazumal für 29000 Franken pro Monat «betreut»: eine grosse Wohnung, exklusiven Thaibox-Unterricht, Armani-Körperpflege, nur Rindfleisch oder Fisch auf dem Teller, Markenkleider, Wellness-Ferien und umfassende Begleitung von Sozialarbeitern. Der verantwortliche Jugendanwalt hiess Gürber (SP). Nach zig Skandalen glaubte die Öffentlichkeit dann, dass zumindest dieser Sozialirrsinn enden würde und Carlos in die Selbstständigkeit und Eigenverantwortung entlassen werde. Doch das Sozialdepartement unter Führung der SP plante entgegen der öffentlichen Erwartung, ihm eine Notwohnung zuzuteilen! Unterdessen sass der verurteilte Messerstecher Carlos aber wieder in Untersuchungshaft und wurde trotz hoher Rückfallgefahr vor zwei Tagen entlassen. Brisant: Ihm wird vorgeworfen, einen Mann mit einem Messer bedroht zu haben.

Sozialarbeiter «hilft» die Post zu öffnen
Notwohnungen, die die Stadt Zürich vergibt, können Mietkosten von bis zu 2350 Franken pro Monat verursachen. Die Unterkünfte sollen für Familien sein, die unmittelbar von Obdachlosigkeit bedroht sind. Die Stadt Zürich wollte sich also gegenüber Carlos wieder sehr grosszügig zeigen. Es hiess sogar, dass seine Mutter, die in Frankreich lebt, den Umzug in die Notwohnung und somit den Schweizer Sozialstaat vorbereite. Bei Notwohnungen ist auch immer eine «ambulante Betreuung» obligatorisch. Ein Sozialarbeiter «hilft» vor Ort zum Beispiel beim Öffnen der Post. Zusätzliche Kosten pro Monat: durchschnittlich 700 Franken.

Künstliche Zentrumslast
Das Vorgehen der Stadt Zürich im Fall Carlos weist auf ein grundsätzliches Problem hin, welches alle linken Städte haben. Dass es eine Zentrumslast gibt, die zu einem gewissen Grad ausgeglichen werden soll, ist richtig. Zentrumslasten sind Kosten, die zentrale Orte (Städte) tragen müssen und von denen ebenfalls die angrenzenden Gemeinden profitieren. Zum Beispiel geniessen auch die Pendler von ausserhalb die saubere Stadt, müssen jedoch dafür keine direkten Steuern bezahlen. Das riesige soziale «Angebot», das die linken Städte aber ohne Not aufgebaut haben, verursacht eine künstliche Zentrumslast. Die soziale Wohlfahrt nimmt in den rot-grünen Städten absurde Dimensionen an. So erhält zum Beispiel in der Stadt Zürich jedes dritte Kind während seiner Schulzeit eine «Therapie»!

SP und ihre Koalition der Willigen
Gegen diese gigantischen, nicht gedeckten und unnötigen Kosten, also gegen die linke Sozialindustrie, wehrt sich nur die SVP. In der letzten Gemeinderatssitzung wollte das Postulat GR Nummer 2015/58 von Peter Schick und Samuel Balsiger erreichen, dass die Vergabe von Notwohnungen viel restriktiver gehandhabt wird. Dies wäre ein kleiner Schritt in die richtige Richtung gewesen. Die Vollkosten für Notwohnungen beliefen sich im Jahr 2013 immerhin auf 3,495 Millionen Franken, welche grösstenteils die Steuerzahlenden tragen müssen. Sie ahnen es vermutlich: Einzig die SVP stimmte für das bürgerliche Postulat. Ausnahmslos alle anderen Parteien folgen den Linken und unterstützen den Sozialirrsinn blind weiter. Bereits drei Tage nach den Wahlen interessierte halt so manche Partei ihr «Geschwätz» von vorher (öffentliche Finanzen ins Lot bringen; gegen allmächtig gewordenen Staat vorgehen) nicht mehr. Zumindest bis kurz vor der nächsten Wahl ... Doch – ob gestern, heute oder morgen – auf eure SVP war und ist Verlass: Zum Wohle der Allgemeinheit wehren wir uns konsequent gegen den linken Irrsinn!

Martin Graf (Grüne) nach seiner Abwahl. (Screenshot: Tele Züri)

Zitat

Todeskanal im Mittelmeer schliessen

Nicht die Schlepper, nicht die Flüchtlinge, die europäischen Regierungen sind hauptsächlich schuld am Massensterben im Mittelmeer. Weil sie ihr Asylrecht nicht umsetzen, senden sie lockende, mitunter tödliche Signale aus. Die europäische Vollzugsmisere im Migrationsbereich produziert die Leichen im Mittelmeer, aber sie belohnt eben auch Hunderttausende von illegalen Armutsmigranten, von denen 80 bis 90 Prozent lebenslang in den europäischen Sozialsystemen landen.

Deshalb ist es nicht nur ein Gebot des Rechts, sondern auch der Ethik, die Gesetze endlich umzusetzen und den Todeskanal im Mittelmeer für die illegale Migration zu schliessen. Indem wir die Südgrenze abriegeln, retten wir Leben.

Roger Köppel in der «Weltwoche» vom 23. April 2015

Achtung!

Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos.**

Komme bei Ihnen vorbei.

Tel. 044 822 26 11

Lastwagentheorie-Kurs
nur bei uns, mit Prüfungsgarantie!

15. bis 19.06.15
Fr.560.-
Mit der Prüfung am Freitag!
info@fahrschule-mangold.ch 079 420 75 87

Vorverlegter Inserateannahme- und Redaktionsschluss

Für die Nummer 18/2015 vom Donnerstag, 30. April 2015, werden infolge des 1. Mai Redaktions- und Inserateannahmeschluss

auf Montag, 27. April, vorverlegt.

Texte: 12.00 Uhr, Inserate: 15.00 Uhr.

Wir bitten unsere Inserenten und Mitarbeiter, diese Änderung zu beachten.

Redaktion und Verlag

Auffahrt
Buure-Zmorge

Datum: **Donnerstag, 14. Mai 2015**

Zeit: **10.00 Uhr bis ca. 13.00 Uhr**

Ort: **Familie Sauter**
Embracherstrasse 31
8185 Winkel

Programm: **Buure-Zmorge Buffet**
Musik durch die Örgeligruppe am Mülibach

Der Anlass findet bei jeder Witterung statt.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch
SVP Sektion Winkel-Rüti

KLEININSERATE

WOCHE FÜR WOCHE AKTUELL

Kaufe Autos, Busse, Lieferwagen etc. Gute Barzahlung, gratis Abholdienst. Tel. 079 613 79 50 auch SA/SO.

IHR KLEININSERAT

Zürcher Bauer **Der Zürcher Bote**

Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? **Inserieren Sie einfach und unkompliziert und erreichen Sie über 10 000 Leserinnen und Leser.** Füllen Sie dazu das Formular unter folgender Internetadresse aus:

www.stutz-druck.ch/kleininserate

Preise	ZÜRCHER BAUER	ZÜRCHER BOTE
Kleininserat, 2 Zeilen (112 x 10 mm = 4 Spalten x 10 mm)	Fr. 22.–	Fr. 38.–
Kleininserat, 3 Zeilen (112 x 15 mm = 4 Spalten x 15 mm)	Fr. 33.–	Fr. 57.–
Kleininserat, 4 Zeilen (112 x 20 mm = 4 Spalten x 20 mm)	Fr. 44.–	Fr. 76.–

Keine Layoutanforderung möglich, wird korrekturgelesen.

Einsendeschluss
jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

Rufen Sie uns bei Fragen bitte an: Telefon 044 783 99 11

Erfolgreich werben
im «Zürcher Boten» und «Zürcher Bauern»

Lassen Sie sich vom Wetter nicht um den Lohn Ihrer Arbeit bringen.

Mit der Ackerbau-Pauschalversicherung sind Ihre Kulturen und Ihr Kulturland immer gut versichert – gegen Hagel und andere Naturgefahren.

Postfach, 8021 Zürich
Tel.: 044 257 22 11
Fax: 044 257 22 12
info@hagel.ch
www.hagel.ch

Schweizer Hagel
Suisse Grêle
Assicurazione Grandine
IM DIENST DER LANDWIRTSCHAFT

SVP
SVP/BGB MEILEN

Meilemer 1.-Mai-Anlass

«Kleinkaliber-Schiessen»

Für Jung und Alt ob Klein oder Gross
Für jede Frau und jeden Mann

Freitag, 1. Mai 2015, ab 9.30 Uhr,
im Schützenhaus Büelen
Ende Feuer 11.30 Uhr

An diesem Plausch- und Volksschiessen erfolgt die Betreuung durch Mitglieder des Sport-Schützenvereins Feld-Meilen

1. Preis = Alpenrundflug

Teilnahme ist gratis. Nach dem Schiessen findet eine Rangverkündigung mit Preisverleihung durch KR Theres Weber statt.

Eine Festwirtschaft sorgt für das leibliche Wohl.

Wir laden Sie, Ihre Familie und Freunde zu dieser öffentlichen Veranstaltung herzlich ein und freuen uns auf Ihren Besuch.

Einladung

1. Mai Grillplausch

Wie jedes Jahr führen wir auch im 2015 den 1. Mai Grillplausch durch.
Dieses Jahr haben wir Hans Ueli Vogt, Ständeratskandidat SVP Zürich, als Gast bei uns.

Teilnahme: Alle (Freunde, Bekannte und Verwandte etc)

Lageplan: s. www.waldschulzimmer-lindberg.ch
-> ab Schulhaus „Lindberg" ist der Weg signalisiert

Zeit: Freitag 1. Mai 2015, ab 11:00 Uhr
Der Anlass findet bei jeder Witterung statt!

Programm
11:00 Uhr Apéro
11:30 Uhr Begrüssung Chantal Leupi, Präsidentin SVP Oberwinterthur
anschliessend Ansprache Hans Ueli Vogt
12:30 Uhr Mittagessen

Kosten: Verpflegung Erwachsene: Fr. 25.--
Kinder (schulpfl.) Fr. 5.—
Die Getränke müssen separat bezahlt werden!

Anmeldung: bis spätestens 27. April 2015
Natel: 076 431 84 01
Email: chantal@chantal-leupi.ch

☐ Ja, ich nehme teil

Name _____ Vorname _____

Anzahl Erwachsene: ____ Anzahl Kinder: _____

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher

Alt Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

SVP-KANTONSRATSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion
Montag, 27. April 2015, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-STAMM

Bezirk Affoltern / Aeugst
Jeden 1. Donnerstag im Monat, ab 20.00 Uhr, Restaurant Eichhörnli, Aeugst.

Bezirk Andelfingen / Buch am Irchel
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Sonne, Hauptstrasse 12, Buch am Irchel.

Bezirk Bülach / Embrach
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Löwen, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon / Birmensdorf, Aesch, Uitikon, Urdorf
Samstag, 2. Mai 2015, 10.00–11.30 Uhr, Restaurant Steinerhof, Urdorf.

Samstag, 6. Juni 2015, 10.00–11.30 Uhr, im Bistro des AZAB (Alterszentrum am Bach), Birmensdorf.

Bezirk Horgen / Oberrieden
Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

Bezirk Meilen / Küsnacht
Jeden Sonntag, von 10 bis 12 Uhr, Restaurant Schützenstube, Küsnacht.

Bezirk Meilen / Meilen
Jeden zweiten Samstag (gerade Kalenderwochen), ab 10.30 Uhr, Restaurant Frieden, Rauchgässli 34, Meilen.

Bezirk Uster / Uster
Immer am ersten Samstag im Monat, 11.00 Uhr, Restaurant Puurehuus, Fehraltorferstrasse 8, Wermatswil.

Junge SVP Kanton Zürich
Jeden letzten Freitag im Monat, 20.00 Uhr, Parteihöck im Raum Zürich, Standort und Details werden auf unserer Homepage: www.jsvp-zh.ch aufgeschaltet.

Junge SVP Stadt und Bezirk Winterthur
Jeden ersten Freitag im Monat, ab 20.00 Uhr, in der First Choice Bar, Winterthur.

Stadt Zürich / Kreis 1 und 2
Jeden zweiten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Muggenbühl, Muggenbühlstrasse 15, Zürich-Wollishofen.

Stadt Zürich / Kreis 3
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 9.00 Uhr, Schützenhaus Albisgüetli, Uetlibergstrasse 341, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 4 und 5
Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Holzschopf, Heinrichstrasse 112, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 6
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant «Schwamedinge», Schwamendingerplatz 2, Zürich.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Bülach / Winkel
Donnerstag, 14. Mai 2015, 10.00 – ca. 13.00 Uhr, Familie Sauter, Embracherstrasse 31, Winkel, Buure-Zmorge-Buffet, Musik durch die Örgeligruppe am Mülibach.

Bezirk Dielsdorf / Regensdorf
Freitag, 1. Mai 2015, ab 11.00 Uhr, Dorfstrasse 121, Watt, schräg vis-à-vis Dorfplatz, 1. Mai-Fest, Grill, Festbetrieb, Bar und Musik. Ab 14.00 Uhr Gastreferent alt Nationalrat Hans Rutschmann über arbeitnehmerfreundliche Arbeitgeber und die kantonalen Gebühreninitiativen. Parkplätze beim Dorfplatz.

Bezirk Meilen
Mittwoch, 20. Mai 2015, 18.00 Uhr, Erlibacherhof, Seestrasse 83, Erlenbach, ordentliche Delegiertenversammlung. Ab 19.30 Uhr (öffentlich): Apéro riche und Referat von Roger Köppel, Verleger Weltwoche, zum Thema: «Wie das Erfolgsmodell Schweiz in Bern demontiert wird.»

Bezirk Meilen / Meilen
Freitag, 1. Mai 2015, ab 09.30 Uhr, im Schützenhaus Büelen, Meilen, Meilemer 1.-Mai-Anlass «Kleinkaliber-Schiessen». Betreuung durch Mitglieder des Sport-Schützenvereins Feldmeilen. Teilnahme gratis. Anschliessend Rangverkündigung, 1. Preis = Alpenrundflug. Festwirtschaft. Öffentliche Veranstaltung.

Stadt Winterthur / Oberwinterthur
Freitag, 1. Mai 2015, ab 11.00 Uhr, ab Schulhaus «Lindberg» ist der Weg signalisiert, 1.-Mai-Grillplausch. 11.00 Uhr: Apéro, 11.30 Uhr: Begrüssung Chantal Leupi, Präsidentin SVP Oberwinterthur, anschliessend Ansprache von Kantonsrat Hans-Ueli Vogt, 12.30 Uhr: Mittagessen. Kosten Verpflegung: Erwachsene Fr. 25.–, Kinder Fr. 5.–, die Getränke müssen separat bezahlt werden. Anmeldung bis spätestens 27. April 2015 an chantal@chantal-leupi.ch

SVP-FRAUEN

SVP-Frauen Stadt Zürich
Donnerstag, 21. Mai 2015, 19.30 Uhr, Rest. Mercure Stoller, Zürich, Mitgliederversammlung.

Freitag, 3. Juli 2015, Sommerhöck (weitere Angaben folgen).

Donnerstag, 17. September 2015, 19.30 Uhr, Rest. Mercure Stoller, Zürich, Mitgliederversammlung.

Montag, 2. November 2015, 19.30 Uhr, im Hotel Olympia, Zürich, Mitgliederversammlung.

Freitag, 27. November 2015, Adventsessen (weitere Angaben folgen).

Montag, 25. Januar 2016, 19.00 Uhr, im Hotel Olympia, Zürich, Generalversammlung.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Freitag, 8. Mai 2015, 19.00 Uhr, Gasthof Hecht, Zürichstrasse 12, Seeb-Winkel, Kurzreferat von Nationalrat Hans Fehr zur «Weiterentwicklung der Armee» im Rahmen der Generalversammlung der Offiziersgesellschaft Zürcher Unterland (OGZU).

Donnerstag, 21. Mai 2015, 19.15–21.30 Uhr, Palais Besenval, Klosterplatz 1, Solothurn, Informations- und Pressekurs zum Thema «Stopp dem schleichenden EU-Beitritt!» unter Leitung von Nationalrat Hans Fehr und alt Nationalrat Ulrich Schlüer. Kommen Sie einfach «auf den Platz»! Auskünfte bei Hans Fehr, Telefon 079 341 54 57.

Dienstag, 26. Mai 2015, 19.00–21.30 Uhr, Hotel Banana City, Winterthur, Informations- und Pressekurs zum Thema «Stopp dem schleichenden EU-Beitritt!» unter Leitung von Nationalrat Hans Fehr und alt Nationalrat Ulrich Schlüer. Kommen Sie einfach «auf den Platz»! Auskünfte bei Hans Fehr, 079 341 54 57.

MOTORRAD-CLUB SVP

Ausfahrten
Sonntag, 17. Mai 2015, **2. Ausfahrt**. Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 14. Juni 2015, **3. Ausfahrt**. Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 13. September 2015, **4. Ausfahrt.** Nähere Angaben folgen.

Sonntag, 4. Oktober 2015, **5. Ausfahrt.** Nähere Angaben folgen.

Englandtour
Mittwoch, 12. August 2015 bis Sonntag, 23. August 2015, Cornwall, Süd-England. Nähere Angaben folgen.

Love Ride
Sonntag, 3. Mai 2015, Dübendorf.

Schlussfest
Freitag, 16. Oktober 2015, Schützenstube Meilen, bei Katharina und Ernst, Schützenhausstrasse 31, Meilen.

Sommerreise
Donnerstag, 9. Juli 2015 bis Sonntag, 12. Juli 2015 . Nähere Angaben folgen.

Stämme
Donnerstag, 7. Mai 2015, 19.00 Uhr, Ernst und Ursy Kuhn, Privatsammlung Töff-Oldi's, Klotenerstrasse 15, Dietlikon,
2. Stamm.

Dienstag, 9. Juni 2015, 19.00 Uhr, Bachtel-Kulm, Bachtelstrasse 1115, Hinwil, **3. Stamm**.

Dienstag, 28. Juli 2015, 19.00 Uhr, Zum goldenen Winkel, Obergasse 13, Bülach, **4. Stamm**.

Donnerstag, 3. September 2015, 19.00 Uhr, Landgasthof Halbinsel Au, **5. Stamm**.

Dienstag, 22. September 2015, 19.00 Uhr, Restaurant Wiesental, Schaffhauserstrasse 146, Seuzach, **6. Stamm**.

Trucker und Country-Festival
Freitag, 26. Juni 2015 bis Sonntag, 28. Juni 2015, Interlaken.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer ISSN 1660-6701 ISSN 2296–3480 **Der Zürcher Bote**

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich Fr. 63.– + 2,5 % MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, E-Mail: bauernverband@zbv.ch. Ferdi Hodel (FH). Tel. 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.stutz-druck.ch/content/zuercher-bauer. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Tel. 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, E-Mail: bauernverband@zbv.ch.

Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 48.–; für Nichtmitglieder Fr. 58.– + 2,5 % MwSt. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, E-Mail: zb@svp-zuerich.ch. Reinhard Wegelin (rw.), Tel. 044 217 77 64, Fax 044 217 77 65. **Insertionspreise:** www.stutz-druck.ch/content/der-zuercher-bote. **Abonnementsdienst:** Stutz Druck AG, Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil, Tel. 044 783 99 11, info@stutz-druck.ch.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** print-ad kretz gmbh, Fredi Kretz, Tramstrasse 11, 8708 Männedorf, Telefon 044 924 20 70, info@kretzgmbh.ch. **Inseratenschluss:** Dienstag, 17.00 Uhr. **Druck:** Stutz Druck AG, Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil, Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22.

TERMINE 2015

	20. April bis 3. Mai	Frühjahrsferien
Dienstag	28. April	Kant. Delegiertenversammlung
	4. bis 8. Mai	Ev. Sondersession
Dienstag	12. Mai	Büro der Parteileitung
Dienstag	19. Mai	Sitzung der Bezirksparteipräsidenten
Dienstag	19. Mai	Parteileitung / Kantonalvorstand
Donnerstag	28. Mai	Kant. Delegiertenversammlung (Nomination NR)
Montag	Juni	Fraktionsausflug provisorisch
	1. bis 19. Juni	Sommersession
Freitag	12. Juni	Büro der Parteileitung
Sonntag	**14. Juni**	**Eidg. und kantonale Volksabstimmung**
	13. Juli bis 16. August	Sommerferien
Dienstag	18. August	Büro der Parteileitung
Samstag	22. August	Eidg. Delegiertenversammlung
Mittwoch	26. August	Sitzung der Bezirksparteipräsidenten
Mittwoch	26. August	Parteileitung / Kantonalvorstand
Sonntag	**6. September**	**Zusätzlicher kantonaler Abstimmungstermin**
Fr/Sa/So	11./12./13. September	SVP-Schiessen
	7. bis 25. September	Herbstsession
Donnerstag	10. September	Kant. Delegiertenversammlung
Freitag	18. September	Büro der Parteileitung
Samstag	3. Oktober	Eidg. Delegiertenversammlung
	5. bis 18. Oktober	Herbstferien
Sonntag	**18. Oktober**	**Eidg. Wahlen**
Dienstag	20. Oktober	Sitzung der Bezirksparteipräsidenten
Dienstag	20. Oktober	Parteileitung / Kantonalvorstand
Mittwoch	28. Oktober	Kant. Delegiertenversammlung
Samstag	31. Oktober	Eidg. Delegiertenversammlung
Mittwoch	11. November	Büro der Parteileitung
Sonntag	**29. November**	**Eidg. und kantonale Volksabstimmung**
	30. November bis 18. Dezember	Wintersession
Montag	14. Dezember	Fraktionsessen Kantonsrat
Dienstag	22. Dezember	Büro der Parteileitung
	14. Mai	Auffahrt
	25. Mai	Pfingstmontag
	14. September	Knabenschiessen